

**Antrag 307/I/2023****Lisa Wing (Neukölln)****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Fortführung der Berliner Landesaufnahmeprogramme**

1 Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder des Ber-  
2 liner Abgeordnetenhauses und des Berliner Senats dazu  
3 auf, auf die Fortführung der Berliner Landesaufnahmepro-  
4 gramme für enge Verwandte von afghanischen, syrischen  
5 und irakischen Geflüchteten hinzuwirken. Das bedeutet  
6 auch eine Wiederauflage nach Ablauf der aktuell laufen-  
7 den Programme. Außerdem sollen die Einkommenshür-  
8 den für Verpflichtungsgeber\*innen gesenkt werden.

9

**10 Begründung**

11 Viele Menschen, die in den letzten Jahren Schutz in Berlin  
12 gefunden und sich hier ein Leben aufgebaut haben, hof-  
13 fen über Landesaufnahmeprogramme, enge Verwandte,  
14 wie Eltern oder Geschwister, in Sicherheit zu bringen und  
15 wieder mit ihren Familienangehörigen zusammenzukom-  
16 men.

17 Die Aufnahme afghanischer, syrischer und irakischer  
18 Staatsangehöriger ist unter strengen Voraussetzungen  
19 für ihre Berliner Angehörigen möglich. Für die Abgabe  
20 einer Verpflichtungserklärung wird unter anderem der  
21 Nachweis von sechs Nettogehältern bei einem laufenden  
22 Arbeitsvertrag und überdurchschnittlich hohem Einkom-  
23 men (aktuell beispielsweise 2.610 Euro netto bei ledigen  
24 Personen) verlangt.

25 Während diese Einkommenshürde für viele Berliner\*in-  
26 nen zu hoch angesetzt ist, stellt die Aufnahmemöglich-  
27 keit von Familienangehörigen eine Chance auf familiä-  
28 re Sicherheit und Stabilität dar. Ein vollständiger Stopp  
29 solcher Programme wäre ein Rückschritt in der Berliner  
30 Migrations- und Integrationspolitik, den betroffene Berli-  
31 ner\*innen unmittelbar zu spüren bekämen. In erster Linie  
32 wäre das aus menschlicher Sicht eine Entwicklung in die  
33 falsche Richtung.

34

35 Hinzu kommt, dass Menschen mit eigener Fluchterfah-  
36 rung deutlich wahrnehmen, wie die Landespolitik mit  
37 dem Thema Migration und Flucht umgeht. Eine große  
38 Zahl von ihnen wird nach dieser Legislatur das erste  
39 Mal ihre Stimme in einer Abgeordnetenhauswahl abge-  
40 ben. Der Stopp bzw. die Nichtwiederauflage von Landes-  
41 aufnahmeprogrammen unter einer Regierung mit SPD-  
42 Beteiligung würde Betroffenen klar signalisieren, dass sie  
43 sich in ganz essenziellen Fragen nicht auf diese Partei ver-  
44 lassen können.